

5 Zur Methodologie der Dispositivanalyse

Im Folgenden soll das analytisch-methodische Instrumentarium skizziert werden. Dabei geht es zunächst um die methodologische Perspektive und der Frage, wie diese sich mit dem theoretischen Konzept Foucaults vereinbaren lässt. Deutlich sollte sein, dass das hier angestrebte Erkenntnisinteresse sich nicht auf eine Deskription gegenwärtiger gesellschaftliche Verhältnisse, wie sie im Begriff der Wissensgesellschaft und in der Analyse verschiedener Partizipationsformen vollzogen werden, beschränkt. Ebenso wenig geht es darum, eine normative Perspektive gegenüber den Spielarten partizipativer Verfahren einzunehmen, diese entweder als demokratiefördernde Instrumente des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu bejahen oder als inkludierende Herrschaftsmomente mit einer *scheinbaren Teilhabe* zu verdammen.

Der Untersuchung deliberativer Verfahren wie der hier im Mittelpunkt stehenden Bürgerkonferenzen gilt seit längerem die Aufmerksamkeit sozialwissenschaftlicher und politiktheoretischer Analysen, die die Erfordernisse, Konsequenzen, Potentiale und Risiken im Moment der partizipativen Technologiefolgeabschätzungen untersuchen.¹ Hoffnungen und Kritik teilen sich den Raum der theoretischen Reflexion, wobei zu der ersten Position auch solche einer eher ‚systemanalytischen‘ Beobachtungen zu zählen sind, die in der Tradition einer deskriptiven Soziologie normative Vereinnahmungen nach ihrem Selbstverständnis ablehnen.² Hier liegt die Ziel-

1 Vgl. u.a. Maasen; Kaiser 2006.

2 Solch eine Position vertritt beispielsweise Saretzki (1997), der an der Erfordernis der Neutralität wissenschaftlicher Expertisen gegenüber normativen Einflüssen festhält: „Wer eine Expertise erstellt, analysiert Probleme und formuliert Problemlösungsvorschläge. Ob diese Vorschläge von den Amts- und Mandatsträgern aufgegriffen und in verbindliche politische Entscheidungen umgesetzt werden, ist eine zweite Frage, die in der politischen Real-

setzung in der Herausarbeitung der Verschränkungen von spezifischen Wissensformationen mit korrespondierenden ‚politischen‘ Handlungsanweisungen. Wie hängt die Zunahme deliberativer Verfahren mit einer gesellschaftlichen Transformation unter dem Schlagwort des Neoliberalismus zusammen. Stellt die Begrüßung der Partizipation als Antwort auf die eine diagnostizierte Wert- und Sinnkrise, ausgelöst durch Individualisierung und Pluralismus einen neuen Politikmodus da, der als neoliberale Programmatik Legitimationsprozesse effektiver gestaltet? Denn deliberative Politik operiert mit den Ressourcen *Verantwortung* und *Vertrauen* mit dem Ziel der Stärkung letztere durch die Akzentuierung erstere.³ Die Verteilung der Verantwortung auf viele Schultern zieht eine *Politik der Vielen* nach sich, die im Allgemeinen als Demokratisierungsschub, als Durchsetzung einer „strong democracy“ (Barber 1984) gedeutet wird. Hier wird hingegen gefragt, wie in der Perspektive der Gouvernamentalität das Modell einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung mittels Partizipation zu verorten ist, die, um legitim, akzeptiert und anerkannt zu werden, als „Technologie der Freiheit“ (Thomas Osborne) agiert und die Heterogenität unterschiedlicher Akteure und Ansichten zugunsten einer *verantwortlichen* und *verpflichtenden* Beteiligung an der Lösung von als gesamtgesellschaftlich konstituierten Problemlagen einebnet.

So sollen die Positionen und Stellungnahmen wie sie in dem Diskurs um die Wissensgesellschaft und zur Partizipation zu entdecken sind, dahingehend befragt werden, welche Konzepte der Gesellschaft in der dia-

tät nicht selten unabhängig von dem Beratungsprozeß und seiner Güte beantwortet wird“ (Saretzki 1997: 279). Sicherlich ist es legitim, zwischen wissenschaftlichem Wissen und Expertise zu unterscheiden. Wissenschaftliches Wissen bezieht sich vielfach auf das Verstehen von Kausal-Beziehungen. Expertise hingegen beinhaltet konkrete Ratschläge in spezifischen Situationen. Wissenschaftliches Wissen ist immer auch Bestandteil der Expertise, denn der Ratschlag soll ein erfolgreiches Handeln gewährleisten und dieser Anspruch erfordert die Antizipation von Folgen (vgl. Horlick-Jones, De Marchi 1995). Die hier vorgenommene Trennung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung und Beratung jedoch fällt hinter den Schlagabtausch des Positivismusstreits zurück und apostrophiert die Möglichkeit einer ‚wertfreien‘ Wissenschaft. Diese Vernachlässigung der „moralischen Ökonomien“ einer Wissenschaft sieht dementsprechend die Ursachen für die Dissonanzen zwischen wissenschaftlichem Expertentum und nichtwissenschaftlicher Öffentlichkeit auch nicht in den nicht zur Deckung zu bringenden normativen Ansprüchen und Werthaltungen, sondern einzig und allein als kommunikatives Problem. Dieses wird dann entweder als Defizitmodell, als Unwissenheit und Uninformiertheit über Wissenschaft beschrieben oder unter eine mediale Fehlleistung der alleinigen Akzentuierung von wissenschaftlichen Kuriositäten oder des Eventcharakters (Infotainment) subsumiert (vgl. Junge; Ohlhoff 2004, Weingart 2003).

3 Vgl. Maasen; Kaiser 2006: 3.

gnostischen Beschreibung der Wissensgesellschaft implizit sind. Was sagt der wissenschaftliche Diskurs über die politische Gegenwart aus, wie wird in diesem die ‚Ordnung des Sozialen‘ konzipiert? Und wie wird die Rolle des Wissens, ja Wissen selbst thematisiert, da ja augenscheinlich das Wissen das für den gesellschaftlichen Wandel tragende Phänomen zu sein scheint. Daran anschließend, um der theoretischen Perspektive Foucault angemessen zu folgen, ist nach den Zusammenhängen von wissenschaftlichem Diskurs und politischer, handlungsleitender Praxis zu fragen. Eine politische Praxis reduziert sich nicht auf die institutionelle Ebene der Gesetzgebung, sondern meint auch den Niederschlag in Form von Veränderungen in mikro- und mesosozialen Beziehungen. Auf welche Art und Weise schlägt sich ein spezifisches Wissen in der ‚Alltagswelt‘ nieder? Wie wird auf eine bestimmte Problematisierung, wie sie der Diskurs um die Wissensgesellschaft hervorbringt, reagiert? Welche Techniken und Taktiken kommen zum Zuge in der Überschreitung von Diskurs- und Handlungsebene? Der dritte Fragenkomplex richtet seine Aufmerksamkeit auf die Entstehungsbedingungen moderner Subjektivität. Die vorliegende Arbeit fragt nach den aus dieser Verknüpfung entstehenden Praktiken, die ein spezifisches Subjekt konstituieren; in diesem Falle ein verantwortungsbereites und von dem Willen zur Teilhabe und Entscheidung geprägtes Subjekt. Welches Denken über den Menschen transportiert der Diskurs über die Wissensgesellschaft, wie schlägt sich selbiges in den Handlungsvollzügen nieder und wie konstituiert sich darin eine Subjekt, welches sich in Bezug zu diesen Problematisierungen setzen ließe?

Auf einen Nenner gebracht besteht also die Aufgabe darin, eine Analyse der politischen Programmatik mit den Formen der Subjektkonstituierung *rekonstruktiv* zu verschränken.⁴ Diese Perspektive beinhaltet eine systematische Aufarbeitung des Diskurses um die Wissensgesellschaft, durch die die darin enthaltenen Akzentuierungen und Gewichtungen spezifischer Eigenheiten menschlichen Handelns ausgezeichnet werden sollen. Denn unabhängig von der Spezifik der Verwendung des Konzeptes ‚Wissensgesellschaft‘ ist zu beobachten, dass selbiges übergreifend von einer zunehmenden Bedeutung des Wissens als Ressource und Basis menschlichen Handelns ausgeht. In diesem Sinne sollen in der vorliegenden Arbeit jene Positionen nachgezeichnet werden, die die Veränderung bestimmter sozialer Strukturen prognostizieren und diese mit spezifischen normativen Stellungnahmen verbinden. In dieser Form wird der Begriff der Wissensgesellschaft zu einem *diskursanalytischen Stützpunkt*, von dem ausgehend nicht nur die politische Rationalität der Gegenwart rekonstruiert werden kann, sondern ebenfalls die damit verbundene konstitutiven Erwartungen

4 Vgl. Höhne 2003.

hinsichtlich einer entsprechenden Subjektivität. Von *der* Wissensgesellschaft genauso wie von *dem* Diskurs der Partizipation zu sprechen, mag zu vereinheitlichend klingen. Sicherlich kann man nicht von einem konsistenten *Modell* der Wissensgesellschaft reden, sie ist eher „ein lose geschnürtes Bündel von Diskursen [...], in denen unterschiedliche Aspekte zur Rolle des Wissens in einer von Informationstechnologien stark geprägten Welt verhandelt [...] werden“ (Treptow 2000: 23).

Jedoch erlaubt es der hier verwendete Begriff von Diskurs im Singular zu sprechen, vereint er doch verschiedene Haltungen und Positionen, die mit dem Begriff der Wissensgesellschaft hantieren. Die Bedeutung des Diskursiven besteht darin, dass sich mit einer diskursanalytischen Rekonstruktion des Begriffs der Wissensgesellschaft die politischen Effekte seines Einsatzes aufzeigen lassen. Denn es geht nicht darum den Wahrheitsgehalt der einen oder anderen Definition von Wissensgesellschaft zu prüfen, um sie dann zu verwerfen oder zu bejahen. Der Diskurs um die Wissensgesellschaft ist nach der Foucaultschen Perspektive für die Konfiguration einer symbolischen Ordnung zuständig, die die Ausbildung von Subjektivität ebenso determiniert wie die wissenschaftlichen Aussagen oder das Alltagswissen.⁵ Allein hat die diskursanalytische Herangehensweise mit dem Problem zu kämpfen, zwar Formen gesellschaftlicher Strukturierung und dementsprechender Herrschafts- und Machtstrukturen aufzeigen zu können, die damit verbundenen Subjektivierungsprozesse aufgrund ihrer teilweisen „Sprachlosigkeit“ und Performanzorientierung jedoch nicht adäquat einholen zu können.⁶ Aufgezeigt werden kann hingegen diskursanalytisch die *politische Programmatik*, wie vielfach in verschiedenen Studien zu Gouvernementalität gezeigt,⁷ jedoch eine praxisorientierte Analyse von Subjektivierung auf der Ebene eines spezifischen Diskurses als Ausdruck einer politischen Rationalität ist eher die Ausnahme. So bearbeiten die diskursanalytisch orientierten Analysen vorwiegend ein Material, dass eine spezifische ‚Ordnung des Sozialen‘ als Zielvorstellung artikuliert und innerhalb dessen eine „programmatische Subjektvorstellung“ herausstellbar wird.⁸ Das können Gesetzestexte, behördliche Anweisungen, wissenschaftliche Aussagen oder institutionelle Statements von Stiftungen, Vereinen oder sonstigen Organisationen sein. Das in diesem Untersuchungsmaterial auffindbare Subjekt ist „keine empirisch vorfindbare Entität, sondern die Richtung, in der Individuen verändert werden und sich verändern sollen“ (Bröckling 2002a: 178f.).

5 Vgl. Bublitz 2001: 27.

6 Vgl. Lemke 1997: 30.

7 Einen umfangreichen Überblick bieten u.a. Bröckling et al. 2000, Pieper; Rodriguez 2003.

8 So zum Beispiel die Arbeit von Waldschmidt (1996).

Zwar haben die Gouvernamentalitätsstudien den Anspruch, jene Subpolitiken zu untersuchen, die unabhängig von einer souveränen Staatlichkeit wirken, fallen jedoch in ihrer Reduktion auf ‚Programmanalysen‘ selbst dem Wandel moderner Staatlichkeit zu Opfer und *überleben sich damit selbst*. Denn die Reduktion auf die Ebene der Programmatik reproduziert einen neuen „Machtzentralismus“, der von einer Geradlinigkeit in der Vermittlung kollektiver oder individueller Subjektivitäten mittels der – ebenfalls reduktionistischen – Sprache konstatiert. Dabei gibt Foucault selbst ein frühes Stichwort zur Ausrichtung der methodologischen Perspektive, die sich insbesondere der Formen der (und darunter fällt auch der Bereich nichtdiskursiver Praktiken) realen Bedingungen widmen sollte. Sein Projekt der Geschichte der Sexualität fragte nach der Korrelation „zwischen Wissensbereichen, Normativitätstypen und Subjektivitätsformen“ (GL: 10). Diese Fragestellung beinhaltet eine Vorgehensweise der *Analytik der Programme*, wie es die an ihn anschließenden Arbeiten der Gouvernamentalitätsstudien auch tun. Foucault untersuchte die historisch kontingenten Ansichten der Medizin oder der Psychiatrie, insbesondere ihre Problematisierungen und Brüche. Ebenso interessierte er sich für die Analyse der Diskurspraktiken, die diese spezifischen Formierungen des Wissens mit entsprechenden Disziplinarpraktiken als ‚fremdobjektivierende‘ Machtverhältnisse⁹ entstehen lassen. Die Leerstelle der Gouvernamentalitätsstudien, „ob und wie sich diese Subjektformierungen in Praktiken einschreiben“ (Pieper 2003: 155) ließ Foucault nicht unbeachtet, sein Spätwerk dient als „Untersuchung der Weisen, in denen die Individuen dazu gebracht werden, sich als sexuelle Subjekte anzuerkennen“ (GL: 11). Mit der Akzentuierung auf die „Technologien des Selbst“, auf die „Selbstobjektivierung“, die Art und Weise, „in der ein Mensch sich selber in ein Subjekt verwandelt“ (DR: 243), wird nicht nur der Bereich einer nichtsprachlichen Praxis analytisch einbezogen, sondern der später so häufig vertane Anspruch der Gouvernamentalitätsstudien auf die Analyse der subjektiven Aneignung oder Verwerfung einer ‚politischen Programmatik‘ eingelöst.

5.1 Von Diskurs- und Machtanalyse zur Dispositivanalyse

An dieser Stelle eignet sich als analytisches Instrumentarium eine Analyse von Dispositiven. Der Dispositivbegriff wird von Foucault zur Kennzeichnung der Überlagerung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken

9 Vgl. DR: 243.

eingeführt. Die Dispositivanalyse verbindet die Analyse von Diskursen mit der von Macht, deutlich wird dadurch die Unmöglichkeit der Trennung von Wissen und Macht. Foucault reagiert damit auf die Feststellung, dass Macht- und Herrschaftsformen sich im Lauf der Geschichte entscheidend transformiert haben. So ordnet Foucault die streng hierarchisch ausgeübte Macht der Zeit feudaler Souveränität zu: Für dieses Verhältnis ist die These der Repression als politisches Kalkül ausreichend, doch wie ist der dynamische Machttyp, wie er im 17. und 18. Jahrhundert aufkommt, theoretisch zu fassen? Die politische Philosophie versucht neu, den Staat als kollektive Willensbekundung zu fassen. Diese angestrebte Demokratisierung von Herrschaft verabschiedet die feudale Souveränität, gleichwohl rollt aber nicht der Kopf des Königs, denn diese Demokratisierung wurde „von Grund auf von den Mechanismen des Disziplinarzwangs bestimmt“ (DM: 92). Foucault geht es keineswegs darum, diejenigen Beschreibungsmodelle, die die Transformation von Macht in der Neuzeit ebenfalls konzeptualisieren, zu verwerfen. Die Theorien ‚bürokratischer‘ oder ‚charismatischer‘ Herrschaft (Max Weber) verlieren ebenso wenig ihre Berechtigung wie die These der Verlagerung von Macht in Strukturen, jedoch vermögen sie nicht die Positivität und Produktivität derselben einzufangen. Der die Souveränitätsmacht ablösende Machttyp wirkt nicht mit der Kraft des Schwertes, sondern durchdringt die Individuen, „eine der großen Erfindungen der bürgerlichen Gesellschaft“ (ebd.: 91). In dieser ist Macht zwar durchaus noch souverän, jedoch wirkt Herrschaft nun in den bürgerlichen Demokratien in den Erscheinungen, Verfahren, Taktiken auf den lokalen Ebenen mikrosozialer Beziehungen, in der Familie, am Arbeitsplatz etc.

Im Dispositivbegriff trifft sich die Archäologie und die Genealogie in der Analyse der Verschränkung von Wissen und Macht; Knoten, an denen Prozesse der Fremd- und Selbstkonstituierung von Subjektivität ansetzen. Subjektivierungen, unabhängig ob als Selbstführung ‚freier‘ Subjekte verstanden oder als Fremdführung durch die ‚Anrufung‘ (Louis Althusser) als politisch handelnder Agens, setzen bestimmte „Strategien von Kräfteverhältnissen“ voraus, „die Arten von Wissen unterstützen und von diesen unterstützt werden“ (Foucault 2003: 394). Das Dispositiv ist nach Foucault ein „heterogenes Ensemble“, das Diskurse, Institutionen, Apparate, Gesetze, wissenschaftliche Aussagen, administrative Maßnahmen etc. miteinander verbindet. Mit dieser Konzeptionalisierung wird nun der Schritt aus dem Bereich des Wissens vollzogen, das Nicht-Diskursive kann nun an das Wissen angeschlossen werden. Diese Erweiterung über den Bereich des *Sagbaren* umfasst nun auch das *Sichtbare*, von der Architektur des Gefängnisses bis zu sichtbaren sexuellen Praktiken. Diese Elemente des Sag- und Sichtbaren sind keineswegs statisch, sondern unterliegen Verschiebungen; sie sind einem gemeinsamen „strategischen Imperativ“ (DM: 120) untergeordnet. Als Beispiele für Diskursformationen, die in Dispositiven

aufgehen, nennt Foucault u.a. Wahnsinn und Sexualität. In diesen sind Macht, Recht und Wahrheit verknüpft und Praktiken institutionalisiert, die das menschliche Begehren (*désir*) befriedigen und auf einen gesellschaftlichen *Notstand* (*urgence*) reagieren.¹⁰ Bei der Justiz z.B. bildet das Dispositiv die Gesamtheit der modernen rechtsstaatlichen Pflichten aus. Es gibt dem Rechtszeichen seinen aktuellen Inhalt. Macht, Recht und Wahrheit sind abstrakte Formen, die zu unterschieden sind, aber institutionell wirken sie zusammen. Die Macht hingegen schafft die Handlungsdisposition, das Recht hat einen verpflichtenden Status, nämlich zur konkreten Tat, und Wahrheit orientiert diese Pflichten mit der Folge, „daß wir von der Macht gezwungen werden, die Wahrheit zu produzieren; sie fordert es, sie braucht sie, um zu funktionieren: wir müssen die Wahrheit sagen, wir sind gezwungen oder dazu verurteilt, die Wahrheit zu bekennen oder sie zu finden“ (DM: 76).

Die Entstehung eines Dispositivs ist unabdingbar an die gegebenen ‚Problematisierungen‘ einer Gesellschaft gekoppelt. Der Diskurs um die Wissensgesellschaft, wie er in den Wissenschaften bzw. in seiner Übersetzung auf eine politisch-administrative Ebene geführt wird, konzipiert bestimmte Notwendigkeiten, mit denen auf einen ‚Notstand‘ reagiert werden muss. Allerdings gibt es in der Reaktion auf bestimmte gesellschaftliche ‚Notlagen‘ keine zentrale Steuerung, es existiert kein vorgängiges Subjekt, das wissend und strategisch agierend bestimmte Positionen forciert und andere abschwächt, denn „die Leute wissen, was sie tun; häufig wissen sie, warum sie das tun, was sie tun; was sie aber nicht wissen, ist, was ihr Tun tut“ (Foucault, zit. n. Dreyfus, Rabinow 1994: 219). Das Handeln der Subjekte fixiert und finalisiert sich in Bezug auf ein gesellschaftlich konstituiertes Ziel, und das Subjekt selbst entsteht als ein den Regeln der Norm folgender Effekt, jedoch bedingt diese Norm, die für Foucault von den neuzeitlichen Wissenschaften getragen ist, das Konzept von ‚Wahrheit‘; also um ein Angebot der Kongruenz von Wissen und Welt: Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert und verfügt über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit: D.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte „Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung“ (DM: 51).

Wer in der Moderne über das Potential verfügt, Wahrheit zu konzeptualisieren, also Aussagen als ‚wahr‘ zu klassifizieren, sollte deutlich ge-

10 Vgl. AdW: 125.

worden sein: Die Ausbildung der Wissenschaften als Instrument moderner Wahrheitserzeugung war „eine Bedingung für die Herausbildung und Entwicklung des Kapitalismus“ (ebd.: 54).¹¹ Durch die Erfordernisse der sich entwickelnden bürgerlich-industriellen Gesellschaft stellen die Wissenschaften die Basis zur Konstituierung eines Subjekts, das nicht nur normiert ist, sondern welches auch das Versprechen erhält, mit sich selbst identisch zu sein.

Die Modellorientierung der modernen Humanwissenschaften drückt sich in deren Suche nach ‚natürlichen‘ Merkmalen, Regelungen und Prozessen aus, das Abweichende hingegen erscheint als Marginalie von der Norm, für deren ‚Eingemeindung‘ eine Reihe von sozialtechnischen Maßnahmen wie die Psychiatrie, das Gefängnis, die Klinik, das Arbeitshaus oder die Kaserne zur Verfügung stehen. Wissenschaftliches Wissen wird dadurch nicht allein zum Träger oder Agenten der Macht, es ist vielmehr selbst insofern machtvoll, weil es den Ausgangspunkt für ‚Normierungen‘ darstellt, die durch den Anspruch auf ‚Wahrheit‘ bzw. ‚Objektivität‘ jeglichen moralischen Impetus von sich weisen.

5.2 Die Praxis der Dispositivanalyse

Ausgangspunkt jeder Dispositivanalyse, die immer nur fragmentarisch zu leisten ist, ist die Annahme einer beobachtbaren Positivität, wie es bestimmte, allgemein akzeptierte Verhaltenweisen und ein gegebenes Wissen sein können. Die Fragen richten sich nun nicht auf den Wahrheitsgehalt des beobachtbaren Wissens oder ob bestimmte Alltagsgewissheiten wie die, dass man als Staatsbürger moralisch verpflichtet ist, an der Stärkung des Gemeinwesens teilzuhaben, *ideologisch* verbrämt seien. Sondern die Dispositivanalyse fragt nach den grundlegenden Akzeptanzbedingungen von Sinn und Bedeutungen, mit denen Welt und Wirklichkeit beschrieben werden.

Die Verflechtungen von wissenschaftlichem Wissen, sozialpolitischen Maßnahmen und damit verbunden einer ‚Moralisierung‘ von spezifischen Entitäten, zu denen das Subjekt sich selbst ins Verhältnis setzt, bilden ein

11 Am Beispiel der Entstehung der Wissenschaft der Physiologie können Sarasin und Tanner (1998) zeigen, wie ein wissenschaftliches Wissen in „Wechselwirkung mit sozioökonomischen Bedingungen, gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Deutungsmustern“ (9) einen der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts entsprechenden Arbeiterkörper entwirft. So führten die Ansprüche der systematisierten Fabrikarbeit zur Suche der Physiologie nach „Regelmäßigkeiten, normalen Funktionszusammenhängen, durchschnittlich möglichen Leistungen und Häufigkeitsverteilungen“ (36).

Dispositiv, das die Bedingungen für die Akzeptanz von Wissens- und Machtformationen ausbildet.

Angenommen werden muss als methodologische Perspektive, dass *Partizipation* als ein Dispositiv gelten kann, das durch eine Vielzahl von Elementen gebildet wird. Die Problematisierung von Partizipation muss also danach fragen, inwiefern Formen der Teilhabe des Einzelnen in unterschiedlichen Elementen thematisiert werden. Gezeigt werden muss, welche Bereiche des Gesellschaftlichen von dem Diskurs um Partizipation erfasst sind. Dieses „Wuchern der Diskurse“ aus diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken hat nicht nur parlamentarische Debatten und Gesetzesvorhaben initiiert, sondern auch deren sozialwissenschaftliche Begleitung, nicht nur auf der Ebene der Umsetzung, sondern auch in den Vorstellungen einer Anthropologie, die den Menschen als gemeinschaftsfähiges und gemeinschaftswilliges Wesen fasst.

Gleichwohl kann das Erkenntnisinteresse einer Dispositivanalyse sich der Frage nähern, auf welche „Probleme“ die Diskurse um die Wissensgesellschaft und Partizipation reagieren. Welcher ‚Notstand‘ oder ‚Krise‘ kann hinter den Problematisierungen ausgemacht werden? Und wie sind die Praktiken der gesellschaftlichen Teilhabe zu analysieren, die auf einer spezifischen Wissen-Macht-Konstellation beruhen? Denn die in den Diskursen um Partizipation entstehende Wissens-Ordnung, die gleichzeitig auch auf einem Wissen beruht, beschränkt sich nicht auf die Lenkung kommunikativer Akte, „sondern das darin enthaltene Wissen konstituiert auch auf der Ebene des Alltagshandelns der Subjekte gleichsam *pragmatisch* ‚Wahrheit‘ (und wird damit zu gesellschaftlicher Wirklichkeit)“ (Schneider 1999: 82, Hervorh. i. O.). Teil des Konzeptes der Dispositivanalyse, wie es hier verfolgt werden soll, muss dementsprechend die Analyse der ‚Problematisierungen‘ sein, auf die ein Dispositiv antwortet. Ein öffentlich diskutiertes Thema ist allerdings noch lange keine Problematisierung, sondern der Sachverhalt muss als ‚Problem‘ erscheinen. Daran anschließend muss ein Thema ‚konkretisiert‘ werden, durch die Herstellung eines relevanten Bezugs, einer individuellen oder kollektiven Betroffenheit und der Konzeptualisierung in einem größeren Sinnzusammenhang, der handlungsorientiert wirksam werden kann.

Wie hängen also die Thematisierung eines gesellschaftlichen Wandels, wie er sich in der Konstatierung einer Wissensgesellschaft niederschlägt, mit dem Aufkommen auf die Förderung von Partizipation gerichteter politischer Institutionen zusammen?

Der Anspruch der vorliegenden Arbeit besteht nicht nur in der Beschreibung der dem Diskurs der Wissensgesellschaft zugrunde liegenden Gouvernamentalität, also den gesellschaftsformenden Kräften, sondern es wird nach dem Niederschlag der damit verbundenen Konzeptionen von Teilhabe und Verantwortlichkeit in einer bestimmten Subjektform gefragt,

dem *verantwortungsbewussten* und *partizipierenden Bürger*. Um diesen Transmissionsprozessen in beiden Polen gerecht zu werden, soll im Rahmen der Dispositivanalyse die programmatische Rationalität des Diskurses um die Wissensgesellschaft anhand exemplarischer Schriften nachvollzogen werden. Um die enge Verknüpfung zwischen der Formation des Wissens mit den Konzepten der Normativität und Rechtssprechung unter dem Signum einer apostrophierten Zunahme von ‚Wissen‘ als Ressource zur Genüge herauszustellen, sucht die Analyse der politischen Rationalität nach den Schnittstellen von Wissen und Macht an exponierter Stelle: Zusätzlich werden parteipolitische Stellungnahmen, parlamentarische Schriftsetzungen, öffentlichkeitswirksame Statements oder Dokumentationen von Veranstaltungen herangezogen. Einsichtig sollte sein, dass der Textkorpus als Materialgrundlage, die den Diskurs der Wissensgesellschaft abbilden soll, notwendigerweise begrenzt bleiben muss. Nicht jede Aussage zur Wissensgesellschaft kann hier dokumentiert werden und als Bestandteil der genealogischen Rekonstruktionsarbeit aufgenommen werden. Nur perspektivisch kann an den markantesten Schriften die Bandbreite der Problematisierungen erfasst werden, jedoch lassen sich spezifische ‚Verdichtungen‘ (Marianne Pieper) des Diskurses ausweisen, die ‚Wissensgesellschaft‘ als Ausdruck eines tief greifenden sozialen Wandels akzentuieren und die Eingang in (real-)politische Handlungsoptionen finden. Jedoch gewinnt der Artikel einer Tageszeitung, die Parteitagrede, das Informationsblatt einer Bürgerinitiative eine philosophischen oder sozialwissenschaftlichen Aussagen ebenbürtige Relevanz. Durch die Heranziehung zusätzlicher Diskurselemente, die nicht eindeutig einem universitären, sozialwissenschaftlichen Bezug zuzuordnen sind, soll ebenfalls einer Kritik an den Gouvernementalitätsstudien von vornherein offensiv begegnet werden. Diese bemängelt die Reduzierung auf die „ernsthaften Aussagen“, die „serious statements“ (O’Malley et al. 1997) in der Analyse der offiziellen Programmatik. Zu wenig würden die Untersuchungen die soziale Praxis alltäglicher Handlungen als ‚Empfänger‘ und konstitutive Zielscheibe politischer Programmatik beachten. Um dem zu begegnen, werden „everyday statements“ berücksichtigt, von unterschiedlichen Akteuren, u.a. Verbandsvertreter, Politiker, Journalisten etc. Auch hier gilt es, sich des eingegrenzten Rahmen bewusst zu sein, es können jeweils nur kleine Ausschnitte von ‚Alltagsdiskursen‘ in die Analyse einbezogen werden, um die Wirkungsweise der Technologien des Regierens zu verdeutlichen. Trotzdem soll der Forderung, die Verbindungen von politischer Rationalität und sozialer Alltagswelt schärfer in den Blick zu nehmen, in dieser Erweiterung des Materialkorpus über soziologische Gegenwartsbeschreibungen hinaus, entsprochen werden.

Die Erstellung eines Gesamtbestandes von einschlägiger Fachliteratur zum Diskurs der Wissensgesellschaft erfolgte über Schlag- und Stichwort-

suche über Bibliotheken und über Online-Medien. Datenbankabfragen ergaben diejenigen Monographien, Artikel aus Zeitschriften oder Tagungsbänden, die sich mehr oder weniger mit dem Thema Wissensgesellschaft befassten. Sehr häufig bildet ‚Wissensgesellschaft‘ einen übergeordneten Rahmen für ein spezifisches Sub-Thema beispielsweise *Bildung und Lernen*,¹² innerhalb dessen jedoch Wissensgesellschaft als ‚Tatsache‘ stehen bleibt und nicht weiter problematisiert wird. Weitere Schriften aus diesem größtenteils soziologisch geführten *Expertendiskurs* ergaben sich aus der Sichtung von Literaturverzeichnissen, Fußnotenverweisen und entsprechenden Zitationen. Mit der Rekonstruktion verschiedener Theorieansätze zur Wissensgesellschaft wurde nach den normativen Setzungen gefragt, die diese in Bezug auf das Handeln der Individuen, auf das Subjekt selbst festsetzen. Für mich ist die Rekonstruktionsarbeit an diesen spezifischen Gesellschaftstheorien auch eine Arbeit an einem *empirischen* Material, denn es geht nicht darum, die Adäquatheit solcher Theorien hinsichtlich ihres Wirklichkeitsbezuges zu erörtern, also eine klassische Theoriearbeit zu leisten und auf die Widersprüche oder Schlüssigkeiten der Ansätze zu verweisen, sondern in ihnen drücken sich Vorstellungen über eine soziale Ordnung aus, die großen Einfluss auf die Wahrnehmungsweisen der Individuen haben und darüber hinaus größtenteils Bestandteil einer politischen Programmatik sind. Diese gilt es herauszuarbeiten und in Bezug zu den Konstitutionsleistungen moderner Subjektivität zu stellen.

Um nachzuvollziehen, wie sich die in der politischen Programmatik impliziten Anforderungen und Weisen der ‚Führung‘ auf der Ebene der Subjekte niederschlagen, werden exemplarisch in einem zweiten empirischen Teil Formen der Subjektivierung vor dem Hintergrund der Anforderungen bzw. Problematisierungen des Diskurses um die Wissensgesellschaft vorgestellt. Hier richtet sich die Perspektive auf das Individuum selbst und es wird nach dem Vollzug des Entwurfs als politisches Subjekt in Korrespondenz zur Programmatik der Wissensgesellschaft gefragt. Zur Rekonstruktion dieser Subjektivierungsprozesse wurden Interviews mit 12 Teilnehmern von drei Bürgerkonferenzen zu biomedizinischen Themen geführt, um exemplarisch zu prüfen, inwiefern das Paradigma der neoliberalen Gouvernamentalität nach ‚selbstbestimmter Führung‘ nicht nur im Bereich der Ökonomie als hegemoniale Forderung auftritt, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Feldern zum Tragen kommt. Innerhalb eines Jahres wurden in ganz Deutschland mittels eines Leitfadens gestützt, teils mehrstündige Interviews geführt. Befragungen mittels mündlichen oder schriftlichen Interviews gelten als standardisierte Verfahren der empiri-

12 So zum Beispiel die Beiträge des OECD/CERI-Regionalseminars für deutschsprachige Länder (Hg.) (2002): *Lernen in der Wissensgesellschaft*. Innsbruck: Studien Verlag.

schen Sozialforschung. Das Instrument des Leitfadens wurde in der Konzeption der vorliegenden Arbeit deshalb ausgewählt, da nach den Selbstentwürfen und nach der Selbstwahrnehmung gefragt werden sollte, die die Prozesse der Subjektkonstituierung spiegeln.

Ein Allgemeinplatz ist sicherlich die Voraussetzung bei der Erfassung von Subjektivierungsprozesse über das Verfahren des Interviews, nämlich dass die „forschungsrelevanten Themen auch tatsächlich angesprochen werden“ (Schnell, Hill, Esser 1999: 355). Deshalb wurden für den zweiten empirischen Teil Fragen entworfen, die die spezifische Situation der Befragten als Teilnehmer einer Bürgerkonferenz berücksichtigten. Bei der Zusammenstellung der Fragen orientierte ich mich u.a. an den Verfahren des *fokussierten Interviews*, dass die Erfassung von Situationsdefinitionen aus der Sicht der Interviewten ermöglicht. Herausgearbeitet werden sollten damit die spezifischen Bestandteile und Bedeutungen, die der Interviewte als bedeutsam erachtete. Bedingung dafür ist eine möglichst offene Frageform, die wenige Vorgaben macht. Im Mittelpunkt steht dabei die „retrospektive Introspektion“ (Flick 1999: 95), da die Befragten ein „Ereignis“ reflektieren und sich selbst dazu in Bezug setzen.

Der Anspruch der qualitativen Analyse besteht in der produktiven Erschließung von Sinn durch die Praxis: „Das Ziel der Grounded Theory ist es, eine Theorie zu generieren, die ein Verhaltensmuster erklärt, das für die Beteiligten relevant und problematisch ist“ (ebd.: 65). Die Strukturierung der vorliegenden Arbeit folgt diesem Verständnis, die theoretische Auseinandersetzung mit Partizipation rekuriert nicht ausschließlich auf den sozialwissenschaftlichen Diskurs um die Wissensgesellschaft, in dem die Forderung nach der Beteiligung von Laien explizit erhoben wird, sondern speist sich aus der Praxis der Problematisierungen der Interviewten. So fußt beispielsweise die Strukturierung des Kapitels zur Begründung der Partizipation auf den Problematisierungen des Wissens- und Demokratiedefizits und der damit verbundenen Skepsis gegenüber Wissenschaft und Politik (genauer: des Misstrauens in die Akteure) der Befragten. Auch in den sozialwissenschaftlichen Texten zur Wissensgesellschaft lassen sich solche Begründungszusammenhänge entdecken und können mit den Interviews kurzgeschlossen werden. Damit soll gezeigt werden, inwiefern die zur Partizipation aufgerufenen Subjekte der Wissensgesellschaft sich jene Subjektivität aneignen, die im Diskurs um die Wissensgesellschaft angelegt ist und Eingang in eine ‚politische Programmatik‘ gefunden hat.